



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ·Postfach 1200 20 ·01001 Dresden

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Stadtrat Dresden**

Geschäftsstelle
Rathaus, Zimmer 205, 1. Etage
Dr.-Külz-Ring 19 01067 Dresden
Tel.: +49 (0351) 488-10 25
Fax: +49 (0351) 488-10 23
gruene-fraktion@dresden.de

Antrag Nr.: A0083/25
Datum: 14.07.2025

A N T R A G

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gegenstand:

Rahmenbedingungen zu Finanzierung, Unterhalt und Überlassung von Sicherheitseinrichtungen

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

bis zum 15.10.2025 dem Stadtrat die Rahmenbedingungen für die Vermietung und Überlassung von Sicherheits- und Zufahrtssperren zum Beschluss vorzulegen.

In der Beschlussvorlage sollen sowohl Regelungen zu Finanzierung und Unterhaltung (Lagerung, Transport sowie Personal- und Finanzbedarf) sowie zur Vergabe und Überlassung der Sicherheitseinrichtungen dargestellt werden.

Soweit für die Nutzung Dritter Entgelte erhoben werden sollen, ist eine Differenzierung zwischen verschiedenen Veranstaltern, sowie kommerziellen und nichtkommerziellen Veranstaltungen als auch bürgerschaftlich organisierten Stadtteilstesten und ehrenamtlich organisierten Veranstaltungen vorzunehmen.

Beratungsfolge*Plandatum*

Ältestenrat		nicht öffentlich	zur Information
Dienstberatung des Oberbürgermeisters		nicht öffentlich	zur Information
Ausschuss für Wirtschaftsförderung		nicht öffentlich	1. Lesung (beschließendes Gremium)
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT- Dienstleistungen)		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Kultur und Tourismus (Ei- genbetrieb Heinrich-Schütz-Konservato- rium)		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Finanzen		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Wirtschaftsförderung		öffentlich	beschließend

Begründung:

Im Zuge der Neubewertung der Sicherheits- und Gefahrenlage bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum nach den Ereignissen u.a. in Magdeburg wurden durch die Stadt Dresden weitere Sicherheits- und Zufahrtssperren angeschafft.

Mit der Anschaffung zertifizierter Sicherheits- und Zufahrtssperren verfolgt die Stadt das Ziel, Großveranstaltungen wie Weihnachtsmärkte, Stadtfeste und andere öffentlichkeitswirksame Events wirksam gegen potenzielle Gefahrenlagen abzusichern. Die Entscheidung über den konkreten Einsatz dieser Elemente erfolgt in Abstimmung zwischen der Stadtverwaltung, der sächsischen Polizei und auf Basis der von den Veranstaltenden vorzulegenden Sicherheitskonzepte.

Bisher fehlt jedoch ein transparentes Gesamtkonzept, wie der städtische Bestand an Sicherheitseinrichtungen künftig strukturiert und priorisiert zum Einsatz kommen soll. Ebenso existiert bislang keine Regelung, wie mit der (ggf. entgeltlichen) Überlassung dieser Elemente an Dritte – wie Veranstaltende oder andere Kommunen – umgegangen werden soll.

Um eine finanzielle Überforderung zu vermeiden und Gleichbehandlung von Veranstaltern zu schaffen, braucht es eine transparente Darstellung der Vergabebedingungen und klare Vorgaben, um die Kosten und den Personalaufwand des Betriebes und der Unterhaltung sowie die Überlassung zu regeln.

Daher ist es erforderlich, neben einem Nutzungskonzept auch eine Entgeltregelung auf Basis der entstehenden Kosten zu erarbeiten, die eine gerechte und nachvollziehbare Differenzierung zwischen verschiedenen Veranstaltungsformaten ermöglicht. Soweit hierfür Entgelte erhoben werden, soll bürgerschaftliches Engagement, etwa im Rahmen von Stadtteilstesten oder nicht-kommerziellen Kulturveranstaltungen, durch eine Kostenbefreiung oder deutlich reduzierte Entgelte besonders gefördert werden.

Gleichzeitig soll die Stadt je nach Kostenaufwand ggf. die Möglichkeit erhalten, durch Vermietung an kommerzielle Veranstalter oder externe Interessenten (z. B. andere Städte oder Veranstaltungsagenturen) anteilig Kosten zu decken und Einnahmen zu generieren.

Mit dem vorliegenden Antrag soll sichergestellt werden, dass der Stadtrat frühzeitig in diese Grundsatzfragen eingebunden ist und die Erarbeitung entsprechender Regelungen aktiv mitgestalten kann – noch bevor die zertifizierten Sperrelemente im Herbst 2025 zur Verfügung stehen und erste Einsätze anstehen.

Agnes Scharnetzky
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anlagenverzeichnis: